**Materialauswahl und Reduktion**

Zur Untersuchung der ideologischen wird auf 3 unterschiedliche Datenquellen zurückgeriffen.

a) AÜG-Berichte aus dem Zeitraum

b) Bundestagsdebatte Verkürzt

c) Wahlprogramme

**Wie erfolgt die Auswertung?**

In der Politikwissenschaft gehören inhaltsanalytische Verfahren zum Standardverfahren.

Grundlegende Idee des inhaltsanalytischen Verfahrens ist, das Sprache und Wortwahl nicht zufällig erfolgt. Sprach und Wortwahl dienen dazu Wählern den einigen ideologische-programmatischen Standpunkt zuzusenden.

Eine Methode der Inhaltsanalyse ist dabei computergestützt auf Basis von wordscores, das heißt der releativen Worthäufigkeit in den jeweiligen Dokumenten[[1]](#footnote-1) zu erfassen.

**Welcher Typ von Dokumenten liegt vor und wie ist der zu Bewerten?**

Die AÜG-Berichte als Textform.

Zeitbericht:

http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/wahlprogramm-analyse-bundestagswahl-2013

Im Untersuchungszeitraum sind 4 AÜG-Berichte veröffentlicht worden.

**Operrationalierung.**

Der gesetzliche Rahmen der Arbeitnehmerüberlassungsgesetz von 1972 zurück. Seitdem ist das Gesetz zur AMÜ mehrfach geändert worden.

Im Zuge der Hartz Reformen kam es 2003 zur Neufassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Faktisch hat es mit dem alten Arbeitnehmüberlassunggesetz von 1972 nur noch den Namen gemein. Es macht daher Sinn, die Entwicklung der Leiharbeit in Deutschland hier zu beginnen.

Rot-Grün formulierte an die Leiharbeit einen neuen politischen Anspruch. Sie wollte Leiharbeit aus der „Schumdelecke des Arbeitsmarktes holen“. Dazu werte Sie Leiharbeit zu einem arbeitsmarktpolitischen Instrument auf, überzeugt das privatwirtschaflich organisierte Arbeitnehmerüberlassung effizienter brachliegende Beschäftigungspotenziale erschließt und Marktmechansimen einen entscheiden Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten kann.

Im Zuge dieser Vorstellung gestalte Rot-Grün das AMÜ grundlegend um. Es entledigte das AMÜ aller Regelungen, die zuvor der Steuerung und Begrenzung der Leiharbeit gedient hatten. Im Ausgleich für Liberalsierung der Leiharbeit führt Sie im Vorgriff auf die EU-Richtlinie zur Arbeitnehmerüberlassung ein Gleichstellungsgebot ein. Im Gesetzesverfahren erhielt es den Namen Equal-Pay und Equal-Treatment. Inhaltlich ist es als Schutzvorschrift für Leiharbeitnehmer gedacht.

Mit Interesse ist festzustellen, das ein Großteil der sozial-und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur den Boom der Leiharbeit, durch den Wegfall der zuvor die Leiharbeit steueren Verbote erklärt. Auch wenn diese Betrachtung liegt nahe, sie vermag die Entwicklung der Leiharbeit nicht schlüssig erklären.

Sie ist aber zu einfach. liegt nahe, jedoch erklären dies nicht die Verwerfungen Mehr noch der Versuch über alternative Variablen eine Erklärung die Gründe für Boom der Leiharbeit zu erklären bleibt aus.

Bei der Annäherung an das Thema Arbeitnehmerüberlassung, über die juristische Literatur fällt auf, das der Boom der Leiharbeit eher durch einen institutionellen Zusammenhang erklärt werden kann, der in das Zentrum die Analyse die Wirkung des Gleichstellungsgebotes stellt. Die Umgehung des Gleichstellungsgebot entstande Institutionelle Struktur der Leiharbeit erklärt werden kann.

Eine zentrale Rolle spielen dabei sicher auch die christlichen Gewerkschaften.

Das diese Situtation sich unerwartet entwickelt hat

Die Entwicklung der Leiharbeit

Die andere Wirkung

Entgegen der Erwartung stellt Leiharbeit in der Politikwissenschaft kein

Warum ist diese Erklärung notwendig?

In der Einleitung ist der Verweis auf den Wohlfahrstaat gefallen. Das Problem Wohlfahrtstaatlicher Forschung in der Gegenwart besteht unter anderem darin, das die Entwicklungslinen und Mechanismen die Pausibel

Bisher ist auf diese Erklärungslücke keine Antwort gefunden worden.

Es ist nicht die Gesetzeskonstruktution.

, entgegen in der Sozialwissenschaftlichen Literatur vorgebrachten Darstellung, die Umgehung dieser Schutzvorschrift eine weitere Erklärung bietet, warum Leiharbeit nach der Deliberaliserung so eine breiten Aufschwung erfahren hat. Sie hat es auf Ebene Leiharbeiter, Verleiher ermöglicht, weit unter den gesetztlichen Status.

Aus theoretischer Perspektive der Parteidifferenzhypose läßt sich diese Schutzvorschrift Equal- Pay and Equal-Treatment Unabhängige Variale operationalisierung und sich die Parteineinfluß abhängige Variable untersuchen.

Für die Untersuchung günstig sind mehere formale Rahmenbedingungen.

Infolge der gesetztlichen Regelungen wird im Abstand von 4 Jahren ein Bericht zur Entwicklung in der Zeitarbeit erstellt. Mit Abstand folgt dem Bericht eine Bundestagsdebatte in dem die Ergebnise des Bericht Gegenstand ist.

Zum zweiten sind als Quellenmaterial der AÜG-Bericht, Bundestagsdebatten wie Wahlprogramme öffentlich zugänglich und einfach zu beschaffen.

Mit Hinblick auf die Parteindifferenzthese

Infolge der Verpflechtung nationaler Politik mit der europäischen Ebene, als Mehrebensystem macht Europarechtlicher Einfluß.

Im Untersuchungszeitraum ist zwar,

In der Literatur wird jedoch mehrfach die Auffassung vertreten, das die Richtline die durch geschaffen Bedingungen berücksichtigt. Weshalb die Richtlinie zur Leiharbeit keine inhaltliche Änderung bedingt, die aber das gesamte System nicht beeinflussen.

Der europarechtlich Einfluß auf das deutsche System der Leiharbeit müss deshalb nicht betrachtet werden. Diese Tatsache reduziert ansonsten als externe Variablen darzustellende Einflüsse.

Leiharbeit und der poltische Prozess zur Leiharbeit verbleiben damit eine rein in der nationalen Domäne.

Diese Tatsache stärkt zudem auch

Parteidifferenzthese:

Die Parteidifferenzthese legt nahe das Parteinen und Wahlverhalten zu untersuchen.

Die Annahme wäre, das Parteinen auf dem Wählermarkt ihr Lösungsstrategien

Partein und Wahlverhalten dirket miteinander zu verknüften und auf der einen Seite Politikangebote mit dem Wahlverhalten zu vergleichen.

Diese Idee zu verfizieren

Aus dieser Perspektive könnte das auch ein Thema zur Stimmengenierung unter sein.

Bilden Leiharbeiter eine potenzielle Gruppe.

Obgleich

Es stellt sich das Problem der Erfassung. Menschen die in der Beschäftigungsform Leiharbeit arbeiten, bilden ansonsten aber eine sehr hetrogene Gruppe.

Zum Messen von Nichtwahl.

Das stellt auch die Wahlforschung vor eine Schwierigkeit. Die Gruppe der Leiharbeitnehmer wird nicht über ihre Beschäftigungsverhältnis erfaßt. Rückschlüsse lasssen sich daher nur indirekt ziehen.

Fazit:

Eine

1. Vgl.: http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/wahlprogramm-analyse-bundestagswahl-2013 [↑](#footnote-ref-1)